

Erst die Wahl, dann das Sicherheitspaket

Terrorgesetze. Innenminister Sobotka ist von der SPÖ enttäuscht. Ein Verein will ihn klagen.

VON HELLIN JANKOWSKI

Wien. Alle gegen die Volkspartei – vier Wörter, die die Stimmung vor der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates gestern, Freitag, treffend einfingen. Immerhin: Nicht nur die Noch-Koalitionspartner SPÖ, sondern auch alle übrigen Parlamentsparteien hatten im Vorfeld Kritik an dem von schwarzer Hand geschürten Sicherheitspaket geäußert. Nach dem vertraulichen Treffen im Bundeskanzleramt galt die Zuschreibung nicht weniger. „Die ÖVP ist mit ihren Anliegen gescheitert, es hat Kritik von SPÖ, Grünen, Neos und FPÖ gegeben – eine sonst sehr untypische Ablehnungsfront“, fasste der grüne Klubchef Albert Steinhauser zusammen. Ähnlich der freiheitliche Sicherheitssprecher Walter Rosenkranz: „Es war eine Art Wahlkampfveranstaltung, Erkenntnisgewinn war es keiner.“

Eigentlich hätte die mehrstündige Zusammenkunft dazu dienen sollen, dass Innenminister Wolfgang Sobotka und Justizminister Wolfgang Brandstetter (beide ÖVP) ihr überarbeitetes Maßnahmenpaket präsentieren. Sie hatten etwa beim Thema Video-Überwachung „nachgeschärft“, wodurch Echtzeitstreamings lediglich im Anlassfall zulässig sein sollen; in puncto Handyüberwachung präzisierten sie, dass nur Standorte, aber keine Inhalte ausgelesen werden dürfen.

Arbeitsgruppe aus Experten

Woran hakte es nun? Nicht unbedingt an den gelieferten Inhalten, wie Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (SPÖ) im Anschluss betonte. Vielmehr an deren Darstellung: „Die Änderungen wurden nicht in einem rechtlichen Kontext präsentiert“, kritisierte er. Er gehe aber davon aus, dass „die legislative Endfassung noch übermittelt“ werde, bekundete er im ORF-Radio weiterhin Gesprächsbereitschaft. Überhaupt, so Doskozil,

sei das Thema Sicherheitspaket „nicht gescheitert“, sondern vielmehr verhandelt worden. Denn es sei erforderlich, „dass es einen klar strukturierten Rechtsschutz gibt“ und „dass wir die technischen Machbarkeiten diskutieren“.

Dazu brauche es mehr Zeit, schlug er die Einrichtung einer Arbeitsgruppe aus technischen Experten und Verfassungsexperten vor. „Es ist vollkommen egal, ob wir das Gesetz vor dem 15. Oktober beschließen oder danach“, pochte Doskozil erneut darauf, das „sensible Thema aus dem anlaufenden Wahlkampf herauszuhalten.“

Sobotka wird geklagt

Innenminister Sobotka zeigte sich nach der Sitzung des Beratergremiums „enttäuscht“, insbesondere von Doskozil, in dem er einen Vertrauten vermutet hatte. Immerhin habe er von seinem Spiegelminister „noch Signale gehabt, dass es doch noch eine Möglichkeit gibt“. Nun sei klar: Das Paket zur Terrorbekämpfung komme „in dieser Periode nicht mehr“ zustande. „Das ist für die Sicherheit Österreichs wirklich ein schwerer Schlag.“

Er habe Derartiges befürchtet, seien doch Gesprächseinladungen an die SPÖ in den vergangenen Tagen abgesagt worden. Sobotkas Fazit: „Der linke Flügel hat sich leider durchgesetzt.“ Die ÖVP werde trotzdem „alles tun“, um das Paket auf die Tagesordnung der nächsten Nationalratssitzung zu setzen.

Bis dahin wird der Niederösterreicher auch an anderer Front zu tun haben: Vertreter des Vereins Epicenter Works haben vier Klagen (strafrechtlich sowie zivilrechtlich) gegen Sobotka angekündigt. Hintergrund ist dessen Aussage, dass jeder, der sich gegen das Sicherheitspaket stelle, einen „Anschlag auf die Sicherheit Österreichs“ plane. An einem Misstrauensantrag gegen den Innenminister arbeitet indes der Ex-Grüne Peter Pilz.



Michaela Kardeis führt seit Freitag die größte Sektion im Innenministerium – die Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit. [APA]

„Terrorgefährdungslage bleibt hoch“

Polizei. Michaela Kardeis, die neue Generaldirektorin für die Öffentliche Sicherheit, sieht die Schwerpunkte ihrer Arbeit in Cybersicherheit und Terrorismusbekämpfung.

Wien. „Mit einem gewissen Stolz“ hat Michaela Kardeis am Freitag ihre neue Funktion als Generaldirektorin für die Öffentliche Sicherheit übernommen. Sie ist die erste Frau in diesem Job, den sie „in einer fordernden Zeit“ antrete, wie die gebürtige Salzburgerin am Freitag bei einem Medientermin in Wien sagte. „Geplant war das nicht. Aber manche Gelegenheiten kommen vielleicht nur ein Mal.“

Wie sie ihre neue Aufgabe definiert? Es handle sich um die größte Sektion und damit die größte Verantwortung, die das Innenministerium zu bieten habe. Natürlich habe sie sich vor ihrer Bewerbung gefragt, ob die Polizei schon reif für eine Frau an der Spitze sei. Und ob sie sich diese Herausforderung zutraue. Aber dann fiel Kardeis ein, was sie selbst immer über Frauen sagte: dass ihnen oft der Mut fehle, um sich für Spitzenfunktionen zu bewerben. Also habe sie es getan.

Am Freitag wurde die 45-Jährige, die erst im Jänner 2017 – nach 15 Jahren in der Wiener Landespolizeidirektion – ins Innenministerium gewechselt war, von Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP) offiziell vorgestellt. Als Nachfolge-

rin von Konrad Kogler, der als Landespolizeidirektor nach Niederösterreich wechselte, wolle sie Bewährtes fortführen, sagte Kardeis mit Hinweis auf die Schwerpunkte Cybersicherheit und Terrorismusbekämpfung. „Die Kriminalitätsform der Zukunft ist die Internetkriminalität.“

Auch die terroristische Gefährdungslage sei weiterhin hoch – die Exekutive würde aber sowohl repressive wie auch präventive Maßnahmen dagegen setzen. Allerdings brauche sie auch gesetzliche Adaptierungen, sagte Kardeis – Stichwort Sicherheitspaket (siehe nebenstehenden Bericht). Was die Entschlüsselung von Messengerdiensten wie Skype oder WhatsApp betrifft, da gebe es Lücken, die le-

ZUR PERSON

Michaela Kardeis ist seit 1. September Generaldirektorin für die Öffentliche Sicherheit. Sie ist die erste Frau in diesem Job. Die 45-jährige gebürtige Salzburgerin war erst im Jänner, nach 15 Jahren in der Wiener Landespolizeidirektion, ins Innenministerium gewechselt – als Fachexpertin in der Generaldirektion, die sie nun leitet.

gistisch zu schließen seien. „Wir können es uns nicht leisten, dass uns Verbrechen und Terror einen Schritt voraus sind.“ Doch genau das sei jetzt der Fall.

Cybercrime und Cybersicherheit wiederum, also Schutz von Unternehmen und Infrastruktur, brauchten einen Schulterschluss von Exekutive, Wirtschaft und Wissenschaft – und vor allem wechselseitiges Vertrauen, meinte Kardeis. Im Falle des Falles müsse sich das Unternehmen darauf verlassen können, dass die Polizei nicht die Erste ist, die seinen Namen an die große Glocke hängt.

„Menschen in Uniform“

Intern möchte die neue Generaldirektorin für die Öffentliche Sicherheit die Führungskultur weiterentwickeln und das Wissen älterer Kollegen nützen. „Kooperation und Konsens“, darum gehe es ihr. Und dann hat Kardeis noch eine Bitte an die Bevölkerung: „Sehen wir Polizisten als Menschen in Uniform, die genauso mit dem falschen Fuß aufgestanden sein können, bei denen jedoch korrektes Handeln und Rechtsstaatlichkeit immer gefordert sind.“ (red./APA)

Deutlich mehr Stimmzettel als Wahlberechtigte

7,7 Millionen Stück werden gedruckt – für alle Fälle.

Wien. Seit dieser Woche stehen die Kandidaten für die Nationalratswahl fest. Nun können Stimmzettel und Briefwahlunterlagen in Druck gehen. Die Wahlkartenkuverts (wie zuletzt ohne fehleranfällige Lasche) und die Bundeskandidatenbrochure produziert die Staatsdruckerei, die schon im Vorjahr bei der Hofburgwahl nach Problemen mit aufgeplatzten Kuverts als neuer Anbieter eingesprungen war. Für die Stimmzettel sind die Länder zuständig.

Rund 7,7 Millionen Stimmzettel werden für 6,4 Millionen Wahlberechtigte gedruckt. Das Gesetz sieht eine Reserve von 20 Prozent bei Stimmzetteln vor. Falls etwa jemand in der Wahlzelle unabsichtlich die falsche Partei ankreuzt, darf er einen neuen Stimmzettel verlangen. (aich/APA)

Toter Rekrut: „Vorwürfe nicht haltbar“

Untersuchung. Eine interne Kommission des Bundesheeres hat die anonymen Vorwürfe nach dem Tod eines Gardesoldaten untersucht – und ein erstes Fazit gezogen.

Wien. Nach dem Tod eines Soldaten bei einem Marsch am 3. August in Niederösterreich waren Vorwürfe laut geworden, wonach Vorgesetzte geäußerte Klagen von Rekruten ignoriert hätten. Eine interne Untersuchungskommission des Bundesheeres hat diese Vorwürfe untersucht und kommt in einem vorläufigen Bericht nun zu dem Schluss: Diese anonymen Anschuldigungen würden „jeglicher Grundlage“ entbehren.

So seien begleitende Maßnahmen wie Adjustierungserleichterungen, keinerlei Zeitlimit, Marschpausen, Ausrichtung des Marschtempos nach dem Langsamsten, ausreichende Versorgung mit Flüssigkeit oder Abnahme der Ausrüstung ebenso umfassend, zeitgerecht und richtig angewendet worden wie die Rettungskette und „alle getroffenen Maßnahmen der Sanitätsversorgung“, urteilte die Kommission. Auch bei der Alarmierung des Notfallsanitäters sowie des Notarztes hätte es

keine Verfehlungen gegeben. Behauptungen, dass bereits beim Marsch eines anderen Zuges am Tag davor mehr als 20 Rekruten bewusstlos geworden seien, hätten sich als haltlos erwiesen. Ebenso der Vorwurf, dass bei den Befragungen der Rekruten durch die Kommission deren direkte Vorgesetzte dabei gewesen seien, hieß es in einer Aussendung des Verteidigungsministeriums am Freitag.

Der 19-jährige Soldat der Garde war nach einem Fußmarsch in Horn gestorben. Todesursache war laut vorläufigem Obduktionsergebnis eine Überhitzung des Körpers. Bei einer Blutuntersuchung des verstorbenen Rekruten wurde ein akuter Infekt festgestellt, der zu einer Sepsis geführt hat.

Die Untersuchungskommission unter der Leitung von Brigadier Hans Rathgeb, Präsident des Landesgerichts Salzburg, hat dazu die am Marsch sowie an der Rettungskette beteiligten Personen sowie die verantwortlichen Kom-

mandanten aller Ebenen befragt. Außerdem wurden weitere Ermittlungen unternommen. Sämtliche Ergebnisse werden im Abschlussbericht zusammengefasst. Dieser steht noch aus, weil das medizinische Sachverständigengutachten noch nicht vorliegt, hieß es.

Staatsanwaltschaft ermittelt

Abgesehen von der Untersuchungskommission setzte das Bundesheer noch eine Sonderkommission unter Leitung des ehemaligen Kommandanten des Streitkräfteführungskommandos, Generalleutnant Günter Höfler ein, um alle relevanten Ausbildungsvorschriften auf Defizite abzuklopfen und zu eruieren, wo es Verbesserungsbedarf gibt. Unabhängig davon ermittelt auch noch die Staatsanwaltschaft Krems wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung und der fahrlässigen Tötung unter besonders gefährlichen Verhältnissen gegen unbekannt. Die Erhebungen laufen dort noch. (APA)

NACHRICHTEN

Neue Stationen: U1 geht in die Verlängerung

Ab heute, Samstag, hat die U1 in Richtung Süden fünf zusätzliche Stationen. Sie heißen: Troststraße, Altes Landgut, Alaudagasse, Neulaa und Oberlaa. Die U1 wird damit zur längsten U-Bahn-Linie Wiens.

KLEINE CHRONIK

Namenstag.

Sa: Ingrid, René.
So: Gregor.

Festtage, Jubiläen.

Kons. Karl-Hans und Erika Strauß feiern heute, Samstag, ihre goldene Hochzeit in der Kalvarienbergkirche, Wien Hernals.

Seelenmesse.

Die Seelenmesse für Botschafter a. D. Hans G. Knitel findet am Montag, dem 4. September, um 18 Uhr in der Wiener Franziskanerkirche statt.